



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Jahresberichte der höheren Lehranstalten in Preußen

Preußische Auskunftstelle für Schulwesen <Berlin>

**Berlin, Nachgewiesen 1921/22 - 1927/28(1930); damit Ersch.
eingest.**

Der Elternbeirat und seine Betätigung

urn:nbn:de:hbz:466:1-30023

Die Eltern erleichterten die Durchführung des Bach-Konzertes am 1. Adventsonntag: Die 50 Gäste von der Stettiner Bach-Vereinigung konnten dank der reichen Spenden an adventlich geschmückter Kaffee- und Abendtafel bewirtet werden. Und für das Schulfest am 25. Januar wurden für Verpflegung und Verlosung so reiche Gaben gespendet, daß den veranstaltenden Gruppen (Schachverein, Koloniale Jugendgruppe, Orchester, allgemeine Schulkasse) eine hübsche Summe aus dem Reinertrag zugewiesen werden konnte.“ (*Reform-Realgymnasium mit Realschule, Arnswalde.)

„Der Direktor machte Mitteilung von einem Ministerialerlaß, nach dem die Beteiligung von Schülern bei der Aufbringung von Geldbeträgen durch Elternvereine bzw. Elternbeiräte untersagt wird. Der Erlaß hatte zur Folge, daß seit Herbst keine Beiträge der Eltern mehr eingegangen sind. In Anbetracht der wichtigen Aufgabe, die sich der Verein mit der künstlerischen Ausschmückung der Schule und dadurch um die Kunsterziehung ihrer Zöglinge gestellt hat, beschloß der Elternbeirat, an die Eltern die herzliche Bitte zu richten, ihre bisherigen Beiträge, auch die kleinsten, uns durch Einzahlung auf das Sparbuch des Vereins der Freunde bei der hiesigen Stadtparkasse (Nr. 9165) zu erhalten.“ (+Deutsche Oberschule in Aufbauform, Jastrow.)

„Nach dem einmütigen Urteil des Elternbeirats hat die Elternnotgemeinschaft die ihr gestellten Aufgaben durchaus erfüllt. Der Elternbeirat beschloß die Einführung eines Markensystems, um die Einziehung des monatlichen Beitrages zu erleichtern und die Möglichkeit des Nachprüfens für Elternhaus und Schule zu schaffen.“ (*Deutsche Oberschule i. G. mit Förderklassen, Barmen.)

Der Elternbeirat ist an fast allen höheren Lehranstalten zu einer ständigen Einrichtung geworden, die die Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus in hohem Maße fördert, und die weder die Schule noch die Elternschaft missen möchten. Wenn an einzelnen Schulen kein Elternbeirat besteht oder seine Tätigkeit nur geringer Anteilnahme begegnet, so liegen besondere Verhältnisse vor; im allgemeinen unterstützt der Elternbeirat die Arbeit der Schule aufs wirksamste sowohl durch seine Beratungen, Vorschläge, Anregungen und Beschlüsse als auch durch sein werktätiges Eingreifen.

a) Allgemeines.

„Ein Elternbeirat besteht an unserer Anstalt nicht, weil wir keinen geeigneten Versammlungsraum besitzen.“ (oKatholisches Lyzeum, Emmenich.)

„Die Wahl eines Elternbeirates hat sich nicht als notwendig erwiesen, da eine engere Fühlungnahme erreicht wurde durch ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und Schule.“ (oLyzeum St. Joseph mit Frauenschule, Honnef a. Rhein.)

„Da die Anstalt Internat ist, läßt sich das Zustandekommen eines Elternbeirates nicht ermöglichen. Es sind indessen Einrichtungen getroffen, die ein harmonisches Verhältnis zwischen Anstalt und Elternhaus herbeiführen, wodurch ein angemessenes Zusammenwirken erreicht wird.“ (oOberlyzeum und Frauenschule der Töchter vom heiligen Kreuz, Haus Aspelt bei Rees a. Rhein.)

„Nach Abgang seiner bisherigen Vorsitzenden Ostern 1927 hat der Elternbeirat eine Neuwahl nicht vorgenommen; Versammlungen haben nicht stattgefunden.“ (oLorenz-Lyzeum, Berlin-Friedenau.)

„Von eigentlicher Arbeit des Elternbeirats ist wenig zu berichten, da es an Wünschen und Anregungen fehlt.“ (+Hoffmann von Fallersleben-Schule, Oberlyzeum mit Frauenschule, RatiBOR.)

„In der einzigen Sitzung am 13. Mai 1927 wurden wegen Stoffmangels nur minder wichtige Fragen erörtert. Der Elternbeirat konnte wegen mangelnder Anteilnahme der Elternschaft leider nicht intensiver arbeiten als es geschehen.“ (*Luise-Lyzeum, Burgb. Magdeburg.)

„Der Elternbeirat ist wenig hervorgetreten. Seine Bedeutung entspricht nicht dem Aufwand von Zeit und Kraft, die seine Wahl verursacht, bei der religiöses und politisches Parteiwesen sich recht unliebsam bemerkbar machte.“ (*Kleist-Lyzeum, Berlin.)

„Der Elternbeirat ist nicht weiter in Erscheinung getreten. Auch das Interesse an Elternversammlungen hat bei der Elternschaft stark abgenommen. Sehr viele Väter und Mütter unserer Schüler erklären, sie seien mit den Erziehungsgrundsätzen der Schule einverstanden, auch sei in der Schule ja alles in Ordnung, also bedürfe es keiner langatmigen Diskussionen in Elternversammlungen, bei denen nicht viel herauskomme.“ (*Gymnasium, Berlin-Tempelhof.)

b) Die beratende Tätigkeit der Elternbeiräte.

„In den Sitzungen des Elternbeirats kam es meist nur zu Aussprachen, seltener zu Beschlüssen. Gegenstände der Beratung waren vornehmlich der Neubau der Schule, die Entwicklung in der höheren Mädchen-

bildung zur Werkoberschule, die Notwendigkeit der Anstellung von Schulärzten auch für die höheren Schulen, die gesundheitlichen Gefahren der sportlichen Wettkämpfe, Berufsfragen der Schülerinnen.“ (*Gesenius Wegener-Lyzeum mit Oberlyzeum, Stettin.)

„Im Spätherbst mußten die Elternbeiräte der Real- und Mädchenmittelschule wiederholt zusammenkommen, um zu der Frage des Schulaufbaues der Realschule und des Abbaues der Mädchenmittelschule Stellung zu nehmen. Beide Elternbeiräte haben sich geschlossen für die Einrichtung des Reformrealgymnasiums eingesetzt und dem Fortfall der Mädchenmittelschule unter der Bedingung zugestimmt, daß die Mädchen ebenfalls in der Sexta des entstehenden Reformrealgymnasiums Aufnahme finden können.

Mit Dank wird der einstimmige Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums anerkannt, der diese Bemühungen mit Erfolg krönte.“ (*Realschule, Finsterwalde.)

„Der Elternbeirat beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit der Frage der Vereinigung der Aufbauschule und des städtischen Gymnasiums. Um ein genaues Bild über die Meinung der gesamten Elternschaft zu erhalten, wurde eine schriftliche Abstimmung beschlossen, bei der sich außer einem auswärtigen Elternpaar, das sich der Stimme enthielt, sämtliche Eltern gegen die beabsichtigte Zusammenlegung aussprachen. Leider blieb diese Abstimmung und die übrigen vom Elternbeirat gegen die Zusammenlegung unternommenen Schritte ohne Erfolg.“ (+Deutsche Oberschule in Aufbauform, Fürstewalde.)

„Der Elternbeirat beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit folgenden Fragen und Gegenständen: Stellungnahme zur künftigen Gestaltung der Schule — Geldsammlungen für die Schule — Konfirmandenunterricht — Teilung der überfüllten Quarta — Verminderung der Höchstbesuchsziffer der Klassen — Neubau des Gymnasiums — Aufwertung der Schulstipendien — Raumnot der Anstalt — Schulfest. In der letzten Sitzung wurde die Gefährdung des Weiterbestehens des gymnasialen Zweiges der Anstalt bei schwachem Besuch des Gymnasiums besprochen. In dieser Sitzung nahm unser Dezernent im Provinzialschulkollegium teil, um die beruhigende Erklärung abzugeben, daß der Weiterbestand des gymnasialen Zweiges nicht in Frage gestellt sei, daß aber das Provinzialschulkollegium einen stärkeren Besuch des Gymnasiums wünsche und daß daher auf die Eltern in diesem Sinne eingewirkt werden solle.“ (+Gymnasium mit Oberrealschule, Landsberg.)

„Der Elternbeirat und die Schule arbeiteten in voller innerer Übereinstimmung im Interesse der geistigen Entwicklung und religiös-sittlichen Erziehung der Schülerinnen. Mit lebhafter Freude wurde besonders der Beschluß des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung begrüßt, von der Schulbehörde gleichzeitig mit der Eröffnung von gehobenen Klassen an der Gemeindemädchenschule die Genehmigung der Entwicklung des Lyzeums zum Oberlyzeum zu verlangen. Eine Elternversammlung beschloß am 20. Februar, diesen Schritt der Stadtverwaltung durch folgende zustimmende Begründung zu unterstützen: „Das Oberlyzeum bietet den Schülerinnen in neun Klassen (VI—XI) den einheitlichen, der weiblichen Veranlagung entsprechenden und den neuzeitlichen Anforderungen genügenden Bildungsgang bis zur Hochschulreife und bewahrt sie vor dem Übergang in andersartige Schulformen oder vor der Notwendigkeit, den Anschluß an die XII eines Oberlyzeums in anderen Städten suchen zu müssen. Daher wäre es falsch, für Neuruppin eine Aufbauschule oder ein Oberlyzeum zu fordern. Beide Bildungsgänge brauchen sich nicht zu stören oder gar in Konkurrenz zu treten. Im Gegenteil, sie ergänzen sich durch ihre verschiedenen Ziele und Wege. Sie können nebeneinander bestehen und bieten den Eltern unserer Stadt und der umliegenden Landbevölkerung neben dem Gymnasium die Möglichkeit, jedes ihrer Kinder auf dem seiner Eigenart und Begabung entsprechenden Wege zur Hochschule zu führen.“ Diese Begründung der Elternschaft wurde dem Ersten Bürgermeister persönlich mit der Bitte um energische Vertretung des Beschlusses der Stadtverwaltung und der Elternschaft überreicht.“ (*Lyzeum, Neuruppin.)

„Der für das Schuljahr 1926 und 1927 gewählte Elternbeirat, der bis zur Einberufung des am 17. Juni 1928 neu zu wählenden Elternbeirates die Geschäfte weiterführt, besteht aus fünf Mitgliedern. Er hat auch im Berichtsjahre, wie früher, seine Aufgaben in gutem Einvernehmen mit der Schule erledigt und sich besonders bemüht, Schädigungen vom Lyzeum abzuwenden und Mittel und Wege zu finden, um unseren Schülerinnen unter möglichster Wahrung der Mädchenerziehung die für viele Frauenberufe zur Vorbedingung gemachte Reife einer Vollanstalt durch Ausbau des Lyzeums zu einer deutschen Oberschule zu verschaffen. Er ist Mitglied der Freien Reichs-Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte.“ (*Lyzeum, Sorau.)

„Elternbeirat und Elternversammlung traten mehrfach zusammen und behandelten die folgenden Fragen:

Gabelung in einen Oberrealschul- und Reformrealgymnasialzweig, Anstellung eines Schularztes, Erwerb eines Landheims.

Hierzu wurden die folgenden Beschlüsse gefaßt:

1. Die Elternversammlung wünscht nicht eine Gabelung. Die Bismarck-Oberrealschule soll als Oberrealschule mit Doppelklassen von Sexta bis Oberprima erhalten bleiben.

2. Die ärztliche Überwachung aller Schüler von Sexta bis Oberprima ist unbedingt notwendig. Der Schularzt ist aber nicht auf Kosten der Eltern, sondern, wie an den Volks- und Mittelschulen, auf städtische Kosten anzustellen.

3. In der Landheimfrage hatten Lehrerkollegium und Elternbeirat eine ablehnende Haltung eingenommen; man erkannte wohl die gesundheitliche und erzieherische Bedeutung eines Landheims an, glaubte aber, vorläufig auf den Kauf eines geeigneten Grundstückes verzichten zu müssen, weil es bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage kaum möglich sein dürfte, die recht beträchtlichen Mittel aufzubringen. Die letzte Elternversammlung vom 29. November teilte diese Bedenken nicht und wollte wenigstens den Versuch machen, ein Kapital für den späteren Erwerb eines Landheims zu sammeln. Der Versuch scheiterte aber. Der im Jahre 1928 neu zu wählende Elternbeirat soll sich erneut mit dieser Frage beschäftigen.“ (*Bismarck-Oberrealschule, Stettin.)

„Der Elternbeirat hielt im Schuljahre 1927/28 drei Sitzungen ab: am 16. September, am 17. Dezember 1927 und am 27. Januar 1928. Auf der Tagesordnung teilte die Leiterin mit, daß sie am 1. April 1928 von der Leitung des Lyzeums zurücktreten werde. Ein Mitglied des Elternbeirats sprach davon, daß das Lyzeum vielleicht in die Hände der Ursulinen von Schweidnitz übergehen würde. Diese Mitteilung rief große Beunruhigung im Lehrerkollegium hervor, da dieses fürchtete, alsdann abgebaut zu werden. Infolgedessen beschloß der Elternbeirat, an den Magistrat einen Antrag einzureichen, dahingehend, daß bei einer Umwandlung des Lyzeums in eine Ordensschule die bisherigen Lehrkräfte in derselben so lange beschäftigt werden sollten, bis sie an städtischen Schulen untergebracht seien.

In der zweiten Sitzung gab der Herr Vorsitzende bekannt, daß die Verhandlungen des Magistrats wegen Übergabe des Lyzeums an die Ursulinen von Schweidnitz gescheitert wären und daß die Anstalt Ostern 1928 wahrscheinlich in städtische Verwaltung übergehen würde. Er teilte ferner im Auftrage des Herrn Bürgermeisters mit, daß die Lehrkräfte voraussichtlich von der Stadt, soweit sie noch erforderlich wären, übernommen werden würden. Er bat die Damen, sich nicht voreilig um andere Beschäftigung zu bemühen.

In der dritten Sitzung berichtete der Herr Vorsitzende über den Stand der Verstädtlichung des Lyzeums und teilte mit, daß die Ursulinen in Liebenthal unter bestimmten Bedingungen bereit wären, die Schule am 1. April 1928 zu übernehmen. Der Elternbeirat vertrat die Meinung, daß vom Magistrat gefordert werden müsse, das Lyzeum schon 1928 zu verstädtlichen, da bei der Übernahme durch die Ursulinen die Lasten für die Stadt zu groß sein würden und alsdann die Gefahr bestände, daß Lehrkräfte, die viele Jahre am Lyzeum gearbeitet haben, brotlos würden. Es wurde beschlossen, bald eine allgemeine Elternversammlung einzuberufen, um zu der Frage der Übernahme der Anstalt Stellung zu nehmen.“ (oLyzeum, Neustadt, D./S.)

„Im letzten Jahre war der Elternbeirat wieder vor die wichtige Frage gestellt, wie die Schülerinnen des Lyzeums in Sagan zur Reifeprüfung geführt werden können. Nach wie vor hält der Elternbeirat den Ausbau der Anstalt zum Oberlyzeum für den besten Weg, um die Schülerinnen in einem einheitlichen Bildungsgang für das Studium vorzubereiten. Da jedoch in Sagan eine Aufbauschule i. G. besteht, muß damit gerechnet werden, daß zwei Vollanstalten für Mädchen einander Abbruch tun. Der Elternbeirat glaubt einen Ausweg in einer Verschmelzung des Städtischen Lyzeums mit der hiesigen Aufbauschule für Mädchen zu finden, derart, daß eine Umwandlung des Lyzeums in eine deutsche Oberschule erfolgt, an die die Aufbauklassen von U III—U II als Parallelklassen anzugliedern sind und dessen Oberbau gemeinsam ist. Auch der Verwaltungsrat des Lyzeums hält diese Vereinigung der beiden Anstalten für durchaus zweckmäßig. Hoffentlich bringt das neue Schuljahr nach langem Warten endlich die Ausführung des Planes.“ (*Lyzeum, Sagan.)

„Der Elternbeirat nahm ferner Stellung zu einem Schreiben des „Deutschen Realschulmännervereins“, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Freunde des humanistischen Gymnasiums bestrebt sind,

dieser Schulform die frühere übermächtige Bedeutung zurückzugewinnen, und daß die Werbetätigkeit in Formen geschieht, die das Ansehen und die Gleichberechtigung der Realanstalten gefährden. Der Elternbeirat ist der Überzeugung, daß die Oberrealschule wegen ihrer Bedeutung und Leistung in ihrer jetzigen Stellung innerhalb des höheren Schulwesens unbedingt erhalten werden muß, und hat beschlossen, dem genannten Verein als korporatives Mitglied beizutreten.“ (*Oberrealschule, A l t o n a.)

„Der Elternbeirat hatte sich im vergangenen Schuljahre vor allem mit der zur Entscheidung stehenden Frage zu befassen, ob unsere Anstalt ein Gymnasium bleiben oder sich zum Realgymnasium entwickeln solle. Nach eingehender Prüfung entschied er sich einmütig für das Gymnasium, da es den kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Gegend am besten gerecht werde; außerdem wurde beschlossen, in den mittleren Klassen für Griechisch Ersatzunterricht einzuführen. Ferner wurde dringend gewünscht, daß in den oberen Klassen wieder, wie früher, englischer und hebräischer Unterricht planmäßig gegeben und auf die Pflichtstundenzahl der Lehrer angerechnet würde. Zu der Verfügung des Provinzialschulkollegiums vom 21. Januar 1927 — VI 1255 — endlich nahm der Elternbeirat dahin Stellung, daß er es als wünschenswert bezeichnete, die Eltern nichtversetzter auswärtiger Schüler am Tage vor Schluß des Schuljahres von der Nichtversetzung zu benachrichtigen und ihnen anheimzugeben, ihre Kinder in diesem Falle am letzten Schultage zu Hause zu halten; in geeigneten Fällen solle man auch gegenüber Eltern einheimischer Schüler so verfahren.“ (*Gymnasium, D ü l m e n.)

„Einer Anregung des Provinzialschulkollegiums folgend, erklärte sich der Elternbeirat in seiner Sitzung vom 24. Mai damit einverstanden, daß die Weihnachtszeugnisse künftig den Schülern bereits am 1. Dezember ausgehändigt werden. In der gleichen Sitzung beschäftigte sich der Elternbeirat mit dem Ausbau unserer Schule zu einer Vollanstalt und beschloß, sich energisch für ihn einzusetzen. Eine Gesamtelternversammlung und der Schulausschuß faßten den gleichen Beschluß. Alle vorbereitenden Schritte waren getan, und man rechnete bestimmt mit einer Annahme durch die Stadtverordnetenversammlung, da drängten sich im entscheidenden Augenblick parteipolitische Rücksichten dazwischen, die eine dilatorische Behandlung der Angelegenheit zweckmäßig erscheinen ließen.“ (*Realprogymnasium in Umwandlung zur Realschule, S i r n a. d. Nahe.)

„Laut Beschluß hat der Vorsitzende eine Eingabe an den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unter dem 7. September 1927 gerichtet, in der er darum bat, daß bei Berufung von Lehrkräften an die hiesige Aufbauschule solche Lehrkräfte bevorzugt würden, die bereit sind, sich auf den ganz eigenartig zu gestaltenden Unterricht an der Aufbauschule einzustellen; ferner wird Einfluß des Direktors bei der Auswahl der Lehrkräfte gewünscht.

Eine Anregung des Elternbeirates der Aufbauschule Petershagen a. d. Weser beantwortete der Vorsitzende dahin, daß ein Zusammenschluß durchaus wünschenswert sei und daß die Elternbeiräte die Gleichartigkeit der deutschen Oberschulen in bezug auf Fremdsprachen erstreben müßten.

Die wirtschaftliche Notlage vieler Schüler der Aufbauschule respektive deren Eltern ließ den Elternbeirat den schon lange gehegten Plan der Gründung eines Freundeskreises der Anstalt in die Wirklichkeit umsetzen. Nach gründlicher Beratung durfte der Vorsitzende bei der Weihnachtsaufführung am 20. Dezember 1927 für Begründung des Freundeskreises werben. Die Werbung fand bei vielen willige Herzen und Hände, und der Unterzeichnete dankt herzlich für alle Spenden, die dem guten Zwecke zur Verfügung gestellt sind, und hofft auf weitere gute Entwicklung. In der Sitzung vom 20. März 1928 wurden die Satzungen durchberaten, sie stehen jedem, der sich dafür interessiert, gern zur Verfügung.

Der Elternbeirat wurde vom Anstaltsleiter auch zur Beratung über die Frage der Schülerpensionen zu Rate gezogen. In der Sitzung vom 7. November 1927, zu der auch die Pensionsinhaber eingeladen waren, wurde namentlich auf die unbedingte Notwendigkeit nicht zu teurer Pensionen für hiesige Schüler hingewiesen und vor Vergleichen mit Cottbus usw. gewarnt.

Der Elternbeirat konnte sich auch am 3. September 1927 gelegentlich der Reichsjugendwettkämpfe und eines gemütlichen Beisammenseins im Anschluß daran von dem frischen, fröhlichen Ton überzeugen, der zwischen Lehrern und Schülern herrscht, und hatte, wie schon oft, so auch an diesem Tage Gelegenheit, von dem guten Einvernehmen zwischen Gemeindeverwaltung, Bürgerschaft und Schule zu hören.

Der Elternbeirat bedauert, daß so oft ein starker Wechsel der Lehrkräfte eintritt, und hofft, daß in Zukunft nur solche befähigte Lehrkräfte an die Anstalt kommen, die gesonnen sind, wenigstens für mehr oder minder längere Zeit hier zu bleiben.“ (+Deutsche Oberschule in Aufbauform, A l t d ö b e r n.)

„Im Anschluß an die Sitzung des Elternbeirats fand im Festsaal der Anstalt eine gut besuchte Elternversammlung statt, zu der Schule und Elternbeirat eingeladen hatten und zu der das ganze Lehrkollegium erschienen war. Der Direktor leitete die Versammlung ein durch einen Vortrag über praktische Fragen der Schul- und Hauserziehung, über die notwendigen Maßnahmen zur Betreuung der auswärtigen Schüler, über die Gefahren, die unseren Jugendlichen durch den unkontrollierten Besuch von Kinos und Lustbarkeiten erwachsen, und kündigte die demnächstige Verteilung der auch vom Elternbeirat empfohlenen Druckschriften der „Zentrale für sexuellen Jugendschutz“ an. Sodann erläuterte er die neuen Veretzungsbestimmungen sowie die Berechtigungen der Aufbauschule an Hand der abgedruckten Ministerialerlasse, wonach den Aufbauschulen die gleichen Rechte wie den übrigen Vollanstalten verliehen worden sind. In der nachfolgenden Aussprache wurde von seiten der Eltern über die starke Belastung der Schüler geklagt, was den Direktor veranlaßte, darauf hinzuweisen, daß allerdings die Aufbauschule ernste Anforderungen an Fleiß und Begabung stellen müsse, da ihr steiler Bildungsanstieg zur Universitätsreise für Hochbegabte berechnet sei und von Normalbegabten nur durch ganz besondere Hingabe und Konzentration geschafft werden könne. Auf eine Anfrage, ob das Lateinische Hauptfach sei, wurde geantwortet, daß ihm im Rahmen des Lehrplans mit 17 Wochenstunden eine wesentliche Bedeutung zukomme, und daß sich darum seine Vernachlässigung durch die Schüler schwer rächen würde. Eine recht erfreuliche Übereinstimmung zwischen Schule, Elternbeirat und Elternschaft konnte in den Auffassungen über Erziehungsfragen, vor allem mit Rücksicht auf die auswärtigen Schüler, festgestellt werden, deren Betreuung eine wichtige Angelegenheit der Schule sein muß. Der am Schluß von den Eltern geäußerte Wunsch nach baldiger Wiederholung solcher Aussprachen zeigte, daß regelmäßig stattfindende Elternversammlungen einem Bedürfnis entsprechen und segensvoll werden können für die Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus.“ (+Deutsche Oberschule in Aufbauf orm, S a f t r o w.)

„Der Elternbeirat befaßte sich in seiner vollzählig besuchten Sitzung am 28. Februar mit einer Reihe wichtiger Fragen. Zunächst galt sein besonderes Interesse der Erhaltung des der Anstalt gegenüber gelegenen öffentlichen Schwimmbades. Es soll versucht werden, die Freigabe desselben als Familienbad zu verhindern. Keine Breslauer Anstalt besitzt vor der Tür eine so einzigartige Gelegenheit zur Gesundheitspflege. Das Matthiasgymnasium ist entschlossen, der einstimmigen Anregung des Elternbeirates entsprechend, diesen besonderen Vorzug im weitesten Umfang sich zu Nutzen zu machen, und es ergeht daher die dringende Bitte an alle Eltern, ihren Söhnen den Bezug von Dauerkarten zu ermöglichen. — Ein zweiter, ebenfalls bedeutsamer, einstimmiger Beschluß betrifft die zurzeit überhandnehmenden Tanzbelustigungen. Der Elternbeirat begrüßt freudig weitgehende Pflege gesunden Frohsinns. Er fordert aber ebenso nachdrücklich ernste Wahrung der dem Charakter der Anstalt entsprechenden Sonderaufgaben. Es bleibt den Eltern überlassen, wo es angemessen erscheint, ihren Söhnen Tanzgelegenheit zu bieten. Der Pflege edlen Anstandes und geselligen, unter den Augen der beiderseitigen Eltern sich abwickelnden Verkehrs der Geschlechter, legt die Schule als solche keine Hindernisse in den Weg; sie lehnt es aber ab, ihrerseits sogenannte Tanzkränzchen oder gar Bälle zu veranstalten. — Endlich nahm der Elternbeirat vorbereitend Stellung zur Pflege des neusprachlichen Unterrichts auf dem Gymnasium. Es wurde erwogen, neben dem Englischen (in A Coeten) das Französische (in B Coeten) von Quarta an obligatorisch durchzuführen. Eine endgültige Lösung dieser schwierigen Frage bleibt indes noch vorbehalten. — Der Vereinigung Breslauer Elternbeiräte trat der Elternbeirat des Matthiasgymnasiums korporativ bei.“ (+Katholisches St. Matthias-Gymnasium, B r e s l a u.)

„Der Elternbeirat der Anstalt hielt drei Sitzungen ab. Er hat mitgearbeitet an der Beschaffung eines geeigneten Spielplatzes, beim Abschluß des Pachtvertrages und der Deckung der Pachtkosten. Er hat, wie das Lehrerkollegium, die Breslauer Jugendbühne für die Schülerinnen abgelehnt mit folgender Begründung: durch den regelmäßigen und infolge der Mitgliedschaft bei der Jugendbühne verpflichtenden Theaterbesuch wird den Schülerinnen ein Bedürfnis anerzogen, das viele Eltern nicht in der Lage sind zu befriedigen. Die in den letzten Jahren von der Breslauer Jugendbühne gebotenen Stücke waren nicht immer einwandfrei.“ (oHöhere Lehranstalten der Ursulinen, Oberlyzeum, B r e s l a u.)

„In der Sitzung im Februar beschloß der Elternbeirat, das folgende Rundschreiben an die Eltern der Schüler der Oberklassen zu richten:

An die Eltern der Schüler der höheren Klassen des Kaiser Wilhelms-Gymnasiums.

In der letzten Zeit nehmen die von Schülern veranstalteten Bälle und sonstigen Festlichkeiten in erschreckendem Maße überhand. An jeder höheren Schule bestehen mehrere Vereine, die im Winter je 1 Ball, meist noch mit den entsprechenden Vor- und Nachfeiern geben. Auch einzelne Klassen und Abiturienten laden die Mitglieder der oberen Klassen ihrer eigenen Schule und der andern höheren Schulen zu derartigen Veranstaltungen ein. Vielfach kennzeichnen sich diese als Geschäftsunternehmen und unterscheiden sich von öffentlichen Tanzvergnügen nur wenig. Hinzu kommt noch die übergroße Zahl der Tanzstunden- und Hausbälle, so daß es durchaus nicht zu den Seltenheiten gehört, wenn ein Schüler in der Woche dreimal an derartigen Veranstaltungen teilnimmt, die vielfach erst spät nach Mitternacht zu Ende gehen.

Der Elternbeirat des Kaiser Wilhelms-Gymnasiums sieht mit ernster Sorge, daß hier schwere Gefahren für die körperliche und sittliche Entwicklung wie auch für das Fortkommen der Schüler vorliegen; er glaubt, die Eltern warnen zu müssen, und bittet sie, auf ihre Kinder dahin einzuwirken, daß der Besuch von Festlichkeiten auf ein vernünftiges Maß eingeschränkt wird.

Der Elternbeirat des Kaiser Wilhelms-Gymnasiums.

Den Elternbeiräten der anderen höheren Schulen (Knaben- wie Mädchenschulen) der Stadt wurde das Rundschreiben zugestellt und hat dort lebhafteste Zustimmung gefunden. Auch der Sozialhygienische Ausschuß des Ärztlichen Vereins hat beschlossen, auch von seiten der Ärzteschaft gegen die übermäßige Teilnahme der Schüler an Festlichkeiten Stellung zu nehmen.“ (+Kaiser Wilhelms-Gymnasium, Hannover.)

„Mit dem Elternbeirat wurden eine Reihe von Erziehungsfragen besprochen. Eine Versammlung der Mütter von Schülerinnen der Klassen II und III beschäftigte sich mit dem Thema: „Schule und Vergnügungen.“ Es wurde angeregt, diese Fragen vor einen größeren Elternkreis zu bringen. So fand am 23. Februar ein gut besuchter Elternabend statt, an dem der Vorsitzende des Elternbeirats sprach über: „Erziehungsfragen in Schule und Haus“ und hervorhob, daß neben äußerer Tüchtigkeit in den jungen Menschen Gefühl für Autorität, sittliche Verantwortung andern gegenüber und Pflichterfüllung geweckt werden müsse. Die an den Vortrag sich anschließende Aussprache zeigte das lebhafteste Interesse aller Anwesenden für diese Fragen und ließ erkennen, wie wichtig die Zusammenarbeit von Schule und Haus ist.“ (Gymnasium Sudhaus, Hannover.)

„Die erste Veranstaltung des Elternbeirats am 19. Mai 1927 war eine gemeinsam mit den Beiräten der anderen höheren Schulen der Stadt in unserer Aula gehaltene Versammlung, in welcher Herr Pfarrer Hoppe aus Stülpe bei Luckenwalde einen von hohem Ernst getragenen Vortrag hielt über die Notwendigkeit der sexuellen Aufklärung der Schüler durch die Eltern. Eine Aussprache ergab den Wunsch der Beiratsmitglieder, daß durch die Hilfe der Schule allen Eltern die durch Pfarrer Hoppe erprobten Schriften zugänglich gemacht würden.

Am 17. November beschäftigte sich daraufhin eine Elternversammlung mit dieser Frage; es wurde der Vorschlag der Schule für die Auswahl der Schriften und die Art der Benutzung gutgeheißen. In den auf die Versammlung folgenden Wochen wurden die Schriften an alle Eltern versandt. Einzelne persönliche Besuche von Vätern beim Berichterstatter, um den Dank für diese Arbeit der Schule auszudrücken, scheinen das Bedürfnis nach Hilfe auf diesem Gebiete zu bestätigen.

Auf der Versammlung wurde weiter über die Schülerunfallversicherung und über die Fristen der Zeugnisse gesprochen.

Die zweite Beiratsitzung am 18. Januar 1928 war der Frage der Arbeitsüberlastung der Schüler höherer Schulen gewidmet. Es kam in der Sitzung zum Ausdruck, daß die sechste Vormittagsstunde zweifellos eine Überanstrengung bedeute und Überlastung mit häuslicher Arbeit in einzelnen Fällen vorhanden sei.

Dieselbe Frage kam dann auf einer Elternversammlung am 17. Februar 1928 zur Verhandlung, wo Herr Stadtarzt Dr. Paetsch einen Bericht über seine Teilnahme an einer Tagung im Reichsgesundheitsamte über Überbürdung der Schüler höherer Lehranstalten gab. In Übereinstimmung mit Herrn Dr. Paetsch wurde auch hier die Abschaffung der sechsten Stunde gefordert. In bezug auf die Überlastung mit häuslicher Arbeit zeigte sich aber auch hier, daß diese Erscheinung an unserer Schule auf einzelne Klassen und Fächer beschränkt ist, und daß im Gegenteil von mehreren Seiten der Wunsch, den Schülern größere Aufgaben zu stellen, geäußert wurde.“ (*Oberrealschule, Bielefeld.)

„Es wurden mehrere Sitzungen abgehalten, von denen die vom 22. Dezember 1927 sich auch mit dem Stand der Schulfrage beschäftigte und manche wertvolle Anregung gab. Eine Elternversammlung befaßte sich am 15. Februar 1928 mit der außerordentlich wichtigen Frage der sogenannten „Miterzieher“. Im Anschluß an einen Vortrag des Anstaltsleiters wurde die z. T. verhängnisvolle Wirkung der ganzen Umwelt, besonders des Umgangs, Lesestoffes, Theaters, Kinos und Radios näher besprochen.“ (Stift. Realgymnasium mit Realschule, D ü r e n.)

„Am 1. Dezember 1927 wurde in Verbindung mit dem Elternbeirat eine Elternversammlung in dem Zeichensaal der Anstalt abgehalten. Herr Dr. Witz sprach über Schulkinderkrankheiten, ihre Verbreitung und Bekämpfung. An den Vortrag schloß sich eine lebhaftere Aussprache, in der unter anderem auf die gesundheitschädlichen Wirkungen der heutigen Mode hingewiesen wurde. (Erkältungskrankheiten, Senkfuß usw.)“ (oKath. Lyzeum, D ü r e n.)

„Die Entschließung, die einstimmig von den Elternversammlungen angenommen wurde und die sich als eine Schutzmaßnahme gegen schädliche Einwirkungen des Kinos richtet, hatte folgenden Wortlaut:

Da die modernen Lichtspiele vielfach jede höhere ethische und künstlerische Zielsetzung vermissen lassen, nur zu oft in ihrer gesamten Aufmachung auf die Lüsterheit spekulieren, bei der Sucht nach steten dramatischen Spannungen die Phantasie aufregen und überreizen, bilden sie nach wie vor eine große Gefahr für die Jugend. Einmal wecken und nähren sie die Neugierde bzw. die Begierde nach dem Sexuellen, des weiteren übersteigern sie die Einbildungskraft des Jugendlichen in einem Maße, das wohl stets auf Kosten der Nerven geht und nur zu geeignet ist, den Sinn und die Neigung für ernste Beschäftigung mit wissenschaftlichen Arbeiten zu untergraben.

Dabei soll nicht bestritten werden, daß die kulturellen, geschichtlichen und naturwissenschaftlichen Filme bei glänzender Ausführung in ihrer Art die Erkenntnis erweitern und vertiefen können. Aber es hat den Anschein, als ob sie einstweilen nur Lockfilme seien, mit denen man die Schattenseiten der anderen verdecken möchte.

Aus diesen Gründen lehnen wir für die Zukunft den Besuch eines öffentlichen Kinos von seiten der Schule ab. —

An die werten Eltern unserer Schüler richten wir die ernste Bitte, ihrerseits den Besuch der Kinos aufs strengste zu überwachen, und warnen sie, dem jugendlichen Ungestüm nach der Richtung hin zuviel nachzugeben. Das Lehrerkollegium ist der Überzeugung, daß Schüler, die gewohnheitsmäßig den Weg zum Lichtspieltheater nehmen, sich den Geschmack für den Genuß eines wirklichen Kunstwerkes mehr und mehr verderben, um so mehr, weil ihnen dort, rein künstlerisch genommen, zumeist ein oberflächliches Bild des wirklichen Lebens vorgeführt wird.

Noch ist das alte Theater die Stätte, der wir Großes zu verdanken haben, und angesichts der bedenklichen Niedergangserrscheinungen, die wir beim werdenden deutschen Geschlechte mit Trauer und Bangen feststellen, wäre es wahrhaftig an der Zeit, daß die alte Bühne ganz anders als bisher sich ihrer hohen erzieherischen Aufgabe wieder bewußt würde.“ (*Oberrealschule Süd mit Realgymnasium i. G., E l b e r f e l d.)

„Die Verhandlungen des Elternbeirats wurden wesentlich von zwei Fragen beherrscht:

1. Wie schützen wir unsere Jugend vor sittlichen Gefahren?
 2. Sollen die Elternbeiräte verschiedener Schulen in größerem Bereiche zusammengeschlossen werden?
- Diese Fragen wurden vornehmlich in drei Sitzungen behandelt. Am 1. Juli ergab sich eine eingehende Aussprache über sexuellen Jugendschutz und die von Pfarrer Hoppe, Luctenwalde, herausgegebenen Briefe zu diesem Zweck. Gleichzeitig wurde über Schulspartasse, aufklärende Abende für die Mütter von Schülern der Unterklassen und Elternbeiratsverbände gesprochen. Bis Anfang Oktober waren diese Arbeiten soweit gefördert, daß der Elternbeirat den Versand der Briefe veranlaßte und ein Rundschreiben an die Eltern betr. Straßenzucht, Alkoholgenuß und Geldaufwand bei Schulwanderungen erließ. In der Märzitzung sprach man sich über die Erfolge dieser Maßnahmen aus besonders im Zusammenhang mit dem Prozeß Kranz. Das Problem des Ferienaufenthaltes unserer Schüler wurde eingehend erörtert. Auf Wunsch des Elternbeirats wird hier ein Auszug aus den Verhandlungen gegeben:

„Der Ferienaufenthalt hat sich als Einrichtung aus den Nachkriegsjahren erhalten und eine höchst erzieherische Wirkung auf die beteiligten Schüler ermöglicht. Da die Voraussetzungen sich geändert haben, ist die Zahl der gemeldeten Schüler in den letzten Jahren zurückgegangen. Dazu ist den Lehrkräften bekannt

geworden, daß gewisse Kreise der Stadt der Auffassung sind, das Unternehmen werde zu diesem Zwecke betrieben, den begleitenden Lehrkräften und ihren Familien preiswerten Aufenthalt an der See zu verschaffen. Aus diesem Grunde ist es dem Leiter nicht möglich gewesen, für dieses Jahr an unserer Schule einen Herrn zu finden, der zur Übernahme eines Ferientransportes bereit gewesen wäre. Der Elternbeirat nimmt mit Bedauern Kenntnis, daß das Opfer der Lehrerschaft so mißdeutet wird, und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Feriensfahrten in der bisher üblichen Form nicht einschlafen möchten.“ (*Oberrealschule, R e m s c h e i d.)

„Eine vom Elternbeirat ins Werk gesetzte Sammlung für Schülerwanderungen unter ehemaligen Klosteranern ergab die Summe von 600 RM, unter den Eltern der jetzigen Schüler und Schülerinnen die Summe von 269,50 RM, die als Beihilfen an Schüler teils vom Elternbeirat, teils vom Direktor verteilt wurden. Es wurde eine Eingabe an das Bezirksamt Mitte betr. Beschaffung neuer Schulbänke und Fenstervorhänge beschlossen und eingereicht. Das Bezirksamt Mitte bewilligte die Fenstervorhänge und sagte die Mittel für neue Bänke für das Haushaltsjahr 1928 zu. Es wurde weiter eine erneute Eingabe an das Polizeipräsidium und den Polizeipräsidenten zur Abstellung des Dirnenwesens und des Straßenhandels in der Nähe des Gymnasiums gerichtet. Eingaben an das Hauptgesundheitsamt, an das Bezirksamt Berlin-Mitte und die Hochbaudeputation betreffen Herstellung hygienisch einwandfreier Aborte, Beschaffung von Duschen, Waschgelegenheiten, Seife und Handtüchern.“ (*Berlinisches Gymnasium zum Grauen Kloster, B e r l i n.)

„Sitzungen des Elternbeirats haben stattgefunden am 26. Oktober 1927 und am 15. November 1927. Folgende Wünsche der Elternschaft sind dabei besprochen und die Möglichkeiten ihrer Erfüllung erwogen worden: Die Abschaffung älterer und veralteter Lehrbücher und ihre Ersetzung durch neue, modernere belastet die Eltern alljährlich mit erheblichen Ausgaben. Diese Ausgaben, in gewissen Grenzen unvermeidlich, werden in zum Teil unerträglicher Weise dadurch erhöht, daß manche Verlagsanstalten von demselben Unterrichtswerk gleichzeitig mehrere Ausgaben nebeneinander herausbringen, die in ihren Abweichungen sich nicht sehr wesentlich voneinander unterscheiden, oder daß schon nach kurzer Zeit Neuauflagen herausgebracht werden, die wiederum ohne wesentliche Abweichungen dennoch ein Nebeneinanderbenutzen der alten und der neuen Auflage ausschließen. So ist das Aufbrauchen eines Buches etwa durch mehrere aufeinanderfolgende Geschwister praktisch unmöglich gemacht, und auch die Bestände der Schülerunterstützungsbücherei unterliegen dauernd einer vorzeitigen Entwertung. Wenn auch die Macht der Elternschaft und des Lehrerkollegiums nicht ausreicht, um diesen Mißstand zu beseitigen, so soll ihm doch auch an dieser Stelle wenigstens öffentlich Ausdruck verliehen und damit vielleicht ein Echo an maßgebenderer Stelle erwirkt werden. Die Elternschaft hat auch den Wunsch, daß für gewisse Fächer an den drei höheren Schulen Spandau nach Möglichkeit die gleichen Bücher verwendet werden, um auch so die hohen Schulbuchkosten zu verhindern und eine bessere Ausnutzung des einzelnen Buches durch Geschwister zu gewährleisten.

Die Ausgestaltung des Werkunterrichtes, die Einführung von Stenographie- und Schreibmaschinenunterricht waren weitere Wünsche, deren Erfüllung, wenn auch nicht sogleich erreichbar, doch im Auge behalten werden soll.

Die Spielplatz- und Turnhallen-Frage ist ebenfalls eingehend behandelt worden. Die Turnhalle bedarf eines Anbaues mit Wasch- und Umkleieräumen, damit die moderne Gymnastik, besonders Bodenturnen betrieben werden kann; das ist unmöglich, wenn sich die Schüler nicht nachher waschen können. Zurzeit befindet sich in der Turnhalle überhaupt keine Waschgelegenheit. Leider mußte der Direktor mitteilen, daß eine für diese Zwecke vorgesehene größere Summe im Haushalt des kommenden Jahres wegen dringenderer Ausgaben an anderen Anstalten wieder hat gestrichen werden müssen.“ (+Kant-Gymnasium, B e r l i n - S p a n d a u.)

„Mehrfach haben Besprechungen zwischen Elternbeirat und Direktor stattgefunden. Einmal traten die Elternbeiräte der drei höheren Schulen Stralsunds zu einer gemeinsamen Besprechung zusammen. Die Elternschaft nahm zunächst zu der mit Rücksicht auf die Wallensteinfeier 1928 geplanten Ferienverlegung Stellung, daran schloß sich eine zwanglose Aussprache über mehrere Fragen, die alle hiesigen höheren Schulen gleichmäßig anging. Die Eltern klagten über die hohen Kosten für die Lehrbücher infolge der zahlreichen Neueinführungen. Die Schulleiter wiesen darauf hin, daß durch die fortschreitende Ausgestaltung der Hilfsbüchereien eine immer fühlbarere Entlastung eintreten werde, schon jetzt werde weitgehend geholfen.

Die Schulleiter baten in diesem Zusammenhang um eine Meinungsäußerung der Eltern über den Besuch von Theatervorstellungen, Vorträgen, Filmen u. ä. durch die Schulen. Solche Veranstaltungen, die im Einzelfall ja meist wenig kosten, belasten aber doch bei einer Häufung der Besuche die Eltern sehr stark. Die Elternschaft sprach sich dahin aus, die Schulen möchten den Besuch solcher Veranstaltungen nur auf besonders wertvolle Gegenstände beschränken und dafür sorgen, daß bei der Fülle des gebotenen Guten die Eltern nicht zu stark mit Ausgaben belastet würden.“ (*Gymnasium, Stralsund.)

„Es fanden zwei Sitzungen statt. In der Sitzung am 22. Juni wurde der Ankauf eines Ruderbootes für die neu gegründete Schülerruderverriege gutgeheißen. Herr Direktor Lange berichtete über die Arbeitsgemeinschaft der vereinigten Elternbeiräte höherer Schulen in Breslau sowie über die Gründung des Provinzialelternbeirats, der als Bindeglied zwischen den einzelnen Städten gedacht ist. Der Ausbau der Reichsarbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte höherer Lehranstalten wurde ebenfalls in dieser Sitzung behandelt. Das Verbot der Reichsbahn, in der Zeit vom 3. bis 9. Juli 1927 Vorzugskarten für die Unterbringung von Kindern in Erholungsheimen auszugeben, gab Anlaß zu einer Beschwerde für die Kinder der Eltern, die erst nach Schluß verreisen konnten. Auch die schlechte Beschaffenheit der Tinte gab Veranlassung zu einer Beschwerde, die in der nächsten Sitzung der vereinigten Elternbeiräte zur Sprache gebracht werden sollte. In der Sitzung am 1. Dezember wurde zu dem Erlaß des Ministers vom 21. Oktober 1927, der das Sammeln von Geldbeiträgen für den Elternbeirat in der Schule verbietet, Stellung genommen und dem Protest der „Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte höherer Schulen“ zugestimmt. Desgleichen wurde über die Verlegung der Sommerferien verhandelt, ohne daß jedoch ein Beschluß hierüber gefaßt wurde.“ (*Eichendorff-Oberrealschule, Breslau.)

„Der Elternbeirat besprach in seinen Sitzungen die verschiedenen Neuerungen im Schulwesen, besonders eingehend die neue Reifeprüfungsordnung und die neuen Schulbücher. Er drang darauf, daß die Eltern nicht zu sehr durch die Einführung neuer Schulbücher belastet werden, und begrüßte die Einrichtung der Hilfsbücherei, aus der den Schülern Schulbücher — sogar ohne Leihgebühren — entliehen werden können. Auch bezeichnete er es als nötig, daß durch Neubauten mehr Klassenräume und Platz für Werkunterricht geschaffen und daß auch die Turnhalle baulich verbessert werde.

In einer gemeinsamen Sitzung nahmen die Elternbeiräte der hiesigen höheren Schulen Stellung gegen die immer mehr einreißende Unsitte zu häufiger und ausgedehnter häuslicher Tanzveranstaltungen. Dem Beschlusse dieser Versammlung gemäß wurde den Eltern ein von den Leitern dieser Schulen und den Vorsitzenden der Elternbeiräte unterzeichnetes Rundschreiben zugesandt, das auf die Schädlichkeit solcher übermäßigen Tanzvergünstigungen hinwies und ihre Einschränkung forderte. Der Elternbeirat bedauert weiter, daß bei den Schülern das gerade für das Entwicklungsalter so schädliche Rauchen immer mehr zunimmt, ferner daß über das Verhalten der Schüler außerhalb der Schule, besonders auch der Fahr Schüler in den Bahnzügen, berechtigte Klagen erhoben werden.“ (+Gymnasium, Nordhausen.)

„Es wurden einige allgemein wichtige Fragen besprochen: Der Übergang der Mädchen auf die Oberrealschule, Schwierigkeit der Vertretung in Krankheitsfällen, Beurteilung der Schülerleistungen und die häufigen Änderungen in den Neuauflagen der Schulbücher. Die Klagen über die oft unnötigen Änderungen der Neuauflagen wurden auch in der Elternversammlung, die am 4. November in der Turnhalle der Schule stattfand, aufs neue von Herrn Graeser betont. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß die Elternbeiräte der höheren Schulen gemeinsam wegen dieses störenden und kostspieligen Wechsels Beschwerde bei der Behörde einlegen sollten.“ (*Gyzeum, Zeitz.)

„Der Elternbeirat wurde zur Vorbereitung von Fragen, die der Elternversammlung vorgelegt werden sollten, zusammen mit dem Kollegium am 1. Dezember 1927 einberufen. Im besonderen wurden folgende Fragen behandelt:

1. Mädchenturnen. Bisher ist diesem von der Anstalt wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die Mädchen der unteren und mittleren Klassen wurden allerdings zum Turnen der Knaben und zum Spiel nachmittag herangezogen, doch ergaben sich namentlich beim ersten Verfahren manche Schwierigkeiten. Mit dem Kollegium war auch der Elternbeirat der Ansicht, daß, ganz abgesehen von der Vorschrift, auch für die Mädchen Turnen Pflichtfach sei, es nur im Sinne der körperlichen und beruflichen Ausbildung der Mädchen liege, wenn die Schule auf die Durchführung der Bestimmung der Verfügung vom 8. Oktober 1925 I 5315 dringe. Dem Vorschlag der Schulleitung, daß die Gymnastiklehrerin der Lohelandsschule,

Fräulein Reiber, verpflichtet werden solle, den Unterricht der Mädchen zu übernehmen und daß die Kosten die Eltern zu tragen hätten, wurde zugestimmt.

2. Auf welche Weise ist die Teilnahme der Eltern am Leben der Schule reger zu gestalten? Die Ansichten darüber, ob Klassen- oder Gesamtelternabende vorzuziehen seien, waren geteilt. Es wurde für richtig gehalten, beiden Meinungen entgegenzukommen. Übereinstimmung herrschte aber darüber, daß solche Veranstaltungen in einem kleinen Orte nicht zu häufig stattfinden dürften, um nicht an Reiz zu verlieren.

3. Schulordnung. Im Anschluß an Anregungen der Direktorenversammlung wurden verschiedene mit der Schulzucht zusammenhängende Fragen eingehend besprochen. Das Ergebnis dieser Aussprache war, daß die Schule in einem kleinen Orte auf eine Beaufsichtigung der Schüler auch außerhalb der Schule nicht verzichten könne, daß aber davon abgesehen werden solle, eine schriftlich festgelegte Schulordnung aufzustellen. Etwa vorkommende Unziemlichkeiten sollen als Einzelfälle behandelt werden, in schwereren Fällen könne ratsam erscheinen, den Elternbeirat und die betroffenen Eltern hinzuzuziehen.“ (+Gelehrtenschule, Gymnasium, M e l d o r f.)

„Der Elternbeirat beschloß eine freiwillige Sammlung zugunsten des physikalischen Kabinetts, um Anschaffungen für moderne Gebiete der Physik zu ermöglichen und besonders die Oberstufe mit den neuesten technischen Forschungen vertraut zu machen.

Auch die sexuelle Gefährdung unserer Jugend beschäftigte wiederum den Elternbeirat. Es wurden aufklärende Vorträge für die Mütter der jüngeren Schüler beschlossen.

Über eine Änderung der Ferien wurde eingehend verhandelt.

Ein fernerer Wunsch des Elternbeirats war die Beibehaltung des großen Schulfestes im Fiedenbaum.

Die allzu große Überfüllung einzelner Klassen bot Gelegenheit zur Aussprache. Abhilfe kann nur durch den Bau einer neuen höheren Knabenschule in Dortmund geschaffen werden.

Der vom Schulausschuß bereits beschlossene Einbau einer Brausebadeeinrichtung im Anbau soll neu dem Schulausschuß unterbreitet werden.“ (*Hindenburg-Realgymnasium mit Realschule, D o r t m u n d.)

„Der Elternbeirat nahm in der ersten Tagung Stellung zu der Frage der Durchführung größerer Wanderungen. Die Erörterung ergab Übereinstimmung in der Auffassung, daß größere Wanderungen sportlicher Art bzw. Fahrten nach wertvollen Kulturzentren zur Erweiterung des Gesichtskreises der älteren Schüler wie zur Verstärkung der persönlichen Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern empfehlenswert seien und vom neuen Schuljahr ab wieder veranstaltet werden sollen. Bedürftigen Schülern soll die Teilnahme durch Beihilfen aus der Kasse der Vereinigung der Freunde des Johannes-Gymnasiums möglich gemacht werden. Aufgabe der Eltern sei es, diese Kasse durch Beitritt zur Vereinigung der Freunde des Johannes-Gymnasiums leistungsfähig machen zu helfen. Bezüglich der Art der Durchführung der großen Ausflüge wurde die bisher schon gebräuchliche Staffelung der Zeitdauer von zwei bis fünf Tagen für Schüler der mittleren bzw. oberen Klassen als praktisch bezeichnet.“ (*Johannes-Gymnasium, B r e s l a u.)

„Die Frage, ob alle Eltern von dem Sizenbleiben ihrer Söhne unmittelbar vor Schluß des Schuljahres benachrichtigt werden sollen, war Gegenstand einer ausführlichen Beratung. Eine diesbezügliche Bemerkung auf dem Weihnachtszeugnis ist schon eine Benachrichtigung; hat ein Schüler zu Weihnachten keine Bemerkung gehabt, sich aber im letzten Vierteljahr auffallend verschlechtert, so erfolgt eine Benachrichtigung der Eltern nach der Zwischenkonferenz im Februar. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Lehrerkonferenz erschien es deshalb dem Elternbeirat nicht erforderlich, jedes Elternpaar unmittelbar vor Schluß des Schuljahres zu benachrichtigen, wohl aber, daß der Klassenlehrer vom Direktor ermächtigt wird, in besonderen Fällen am Tage vor Schulschluß die Eltern von der Nichtversetzung ihres Sohnes in Kenntnis zu setzen und ihnen anheimzugeben, den Jungen am nächsten Tage von der Schule abzuholen oder ganz zu Hause zu behalten.“ (+Gymnasium mit Oberrealschule, R ö s l i n.)

„Der Elternbeirat nahm Stellung gegen das Rundschreiben des Magistrats über Feststellung des Einkommens der Eltern zum Zwecke der Staffelung des Schulgeldes.

Des weiteren beteiligte sich der Elternbeirat an einer Eingabe betreffend Vereinheitlichung und größere Stetigkeit der Lehrbücher mit Rücksicht auf das verminderte Einkommen der Elternschaft.

Von Berlin gingen erneut Bestrebungen wegen Verlegung der großen Ferien aus. Im Einvernehmen mit dem Lehrerkollegium nahm der Elternbeirat unter eingehender Begründung einen ablehnenden Standpunkt ein.“ (*Reformrealgymnasium zum Heiligen Geist, B r e s l a u.)

„Im Vordergrund der Bestrebungen stand die Forderung nach Gleichstellung des Schulgeldes der auswärtigen mit den einheimischen Schülern. Nachdem das Bezirksamt von sich aus keine Milderungen eintreten lassen wollte, solange nicht der Magistrat, der im Prinzip die Berechtigung der Wünsche des Elternbeirats anerkannte, eine bindende Erklärung abgegeben habe, sah sich der Elternbeirat gezwungen, in Verbindung mit der Schule noch einmal alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit die Versprechungen des Jahres 1926/27 auf eine Regelung ab Ostern 1928 auch erfüllt würden. Das ist durch verschiedene Eingaben und durch Besuche bei Stadtverordneten mit dem Erfolge geschehen, daß die Gleichstellung kurz vor Schluß des Schuljahres erreicht wurde, so daß mit Beginn des neuen Schuljahres die Anstalt auch dieses längst ersehnte und für sie so wichtige Ergebnis erreicht hat.“ (*Reformrealgymnasium, Berlin-Lichtenrade.)

„Die Sitzungen des Elternbeirats, denen außer dem Direktor stets eine Anzahl Mitglieder des Lehrerkollegiums beiwohnte, gaben ausgiebige Gelegenheit zu eingehender Behandlung einschlägiger Fragen und führten vielfach zur Aufklärung über die Aufgaben und Absichten der Schule.

Ein Artikel, den die dritte Nummer der in Eschweiler neu gegründeten Mittelstandszeitung unter den Stimmen aus dem Leserkreise brachte, gab Anlaß zu einer sehr stark besuchten Elternversammlung am 29. September. Der Verfasser des Artikels führte hauptsächlich Klage darüber, daß am Jülicher Gymnasium eine überaus große, fast nach Ungerechtigkeit aussehende Strenge herrsche, weil daraus nur Muster Schüler hervorgehen sollten, damit die Behörde der Anstalt eine besondere Beachtung schenke. Der Direktor wies im einzelnen nach, daß die in dem Artikel enthaltenen Behauptungen entweder völlig aus der Luft gegriffen oder in gänzlicher Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse aufgestellt sind. Sodann legte er dar, daß die Schule für jede sachliche Kritik dankbar sei und gegebenenfalls den Weg der Beschwerde bei der vorgesetzten Behörde für angemessen halte. Durch wahrheitswidrige und skandalstüchtige Artikel in der Presse werde der Schule nicht gedient, sondern die Aufgabe der Lehrer und Eltern erschwert. Die Darlegungen des Direktors wurden von dem Vorsitzenden des Elternbeirats und den anderen Rednern ohne Einschränkung gebilligt. Die Versammlung gab schließlich einstimmig folgende Erklärung ab, die in dem Jülicher Kreisblatt veröffentlicht wurde:

Die Elternversammlung des staatlichen Gymnasiums zu Jülich vom 29. September 1927 mißbilligt es, daß der Verfasser des gegen die Leitung und den Lehrkörper des Gymnasiums gerichteten Artikels in Nr. 3 der Mittelstandszeitung zu Eschweiler sich mit seinen vermeintlichen Beschwerden an eine Zeitung gewandt hat, anstatt die Angelegenheit dem Elternbeirat zu übergeben.

Die Elternversammlung hält auch die Vorwürfe für völlig unbegründet und betrachtet sie als schädlich für die Erziehung der Schüler überhaupt. Sie spricht der Direktion und dem Lehrerkollegium ihr volles Vertrauen aus.“ (+Gymnasium, Jülich.)

„Der Elternbeirat beantragte beim Evangelischen Konsistorium der Provinz Brandenburg, gleichzeitig mit den Elternbeiräten des Staatlichen Gymnasiums zu Sorau und des hiesigen Lyzeums, Einführung des einjährigen Konfirmandenunterrichts in den wenigen Städten der Provinz, in denen noch bisher der zweijährige Unterricht herrscht. Der Antrag wurde abgelehnt.“ (*Reform-Realgymnasium mit Oberrealschule, Forst.)

„Es fanden mehrfach Besprechungen zwischen dem Vorsitzenden des Elternbeirats und dem Direktor statt. Die Einberufung einer Sitzung erwies sich nicht als notwendig, ebensowenig die Abhaltung von Elternversammlungen. Eine Abstimmung, an der sich von 190 Eltern der Anstalt 105 beteiligten, ergab, daß davon 41 für den jetzt bestehenden zweijährigen Konfirmandenunterricht sind, während 64 Einschränkung auf ein Jahr wünschen.“ (*Bismarckschule, Reformrealgymnasium, Sommerfeld.)

„Beraten wurde u. a. die durch einen Ministerialerlaß angeregte Frage der Einführung fakultativen Unterrichts in der polnischen Sprache. Die Einrichtung solchen Unterrichts wurde unter den hiesigen Verhältnissen als zurzeit untunlich abgelehnt.“ (+Gustav Freytag-Schule, Gymnasium und Aufbauschule, Kreuzburg, D./S.)

„Zur Abstimmung wurde gebracht die Frage, ob männliche oder weibliche Leitung der Anstalt von den Eltern gewünscht werde. Von den 614 möglichen Stimmen wurden 542 abgegeben. Von diesen waren 481 für männliche, 43 für weibliche Leitung, 14 für geeignete Persönlichkeiten, 4 unbestimmt.“ (+August Hermann Francke-Schule, Oberlyzeum, Halle.)

c) Die werktätige Unterstützung durch die Elternbeiräte.

„Elternbeirat und Elternverein haben auch im abgelaufenen Schuljahr der Schule mit Rat und Tat getreulich zur Seite gestanden. Drei ehemaligen Schülern der Anstalt wurden Studienbeihilfen, fünf Schülern Erziehungsbeihilfen gewährt. Auch Zuschüsse zur Beschaffung eines zweiten Ruderbootes und zum Ausbau der Unterstützungsbücherei für bedürftige Schüler verdanken wir dem Elternverein.“
(+Friedrichskollegium, Königsberg i. Pr.)

„Das Anwachsen unserer Ruderabteilung, die im letzten Jahre 49 Mitglieder zählte, brachte die Notwendigkeit mit sich, die nur aus dem Vierer „Löbenicht“ bestehende Bootsflotte zu vergrößern. Der Elternbeirat beschloß daher im November 1926, zu diesem Zweck eine Sammlung zu veranstalten. Die Eltern sollten sich verpflichten, ein Jahr lang monatlich einen kleinen Beitrag zu zahlen. Die Teilnahme an der Sammlung war freiwillig. Die überwiegende Mehrzahl der Eltern leistete dem Aufrufe des Elternbeirats Folge, und so hat das Ergebnis der Sammlung es ermöglicht, einen gedeckten Vierer für Wanderfahrten anzuschaffen, der den Namen „Nord“ erhielt und einen Doppelzweier in Auftrag zu geben, der im April 1928 geliefert werden soll. Die Sammlung ergab einschließlich der Zinsen 2405,40 RM.“
(*Löbenichtches Realgymnasium, Königsberg i. Pr.)

„Am 13. Januar 1928 fand eine Elternbeiratsitzung statt, bei der u. a. folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

1. Der aus Mitteln der Elternbeiratskasse und Konzerteinnahmen geschaffene Instrumentalfonds von 891,15 RM wird aus der Elternbeiratskasse auf 1000 RM erhöht und die Anschaffung eines Harmoniums genehmigt.
2. Die Ausgaben für die Beschaffung der Weihnachtsprämien werden in Höhe von 71 RM nachträglich genehmigt, ebenso der Zuschuß zur Speisung der auswärtigen Schüler in Höhe von 10 Rp für die einzelne Mahlzeit.
3. Für die Schülerfahrt des BDM. zur diesjährigen Pfingsttagung in Gmunden werden zur Unterstützung an minderbemittelte Schüler 75 RM und für den Besuch einer „Freischütz“-Aufführung im Stadttheater Breslau 31,10 RM zur Verfügung gestellt.

Bericht über die Elternbeiratskasse.

Einnahmen:		Ausgaben:	
Bestand am 4. April 1927	364,40 RM	1 Kanne mit Kelle	15,— RM
Beiträge	264,50 „	Essenzuschuß	99,60 „
Zinsen per 1. Juli 1928	4,50 „	Winnberg für Geschirreinigung	20,— „
„ „ 1. Januar 1928	6,40 „	Prämien	71,— „
Summe:	639,80 RM	Elternbeiratszeitung	11,20 „
Ausgaben-Summe:	371,25 „	Porto und Fracht	12,75 „
Bestand am 10. April 1928:	268,55 RM	Bankspesen	0,60 „
		Zuschuß zur Schülerfahrt	31,10 „
		(Freischütz-Aufführung)	
		Harmonium (Zuschuß)	110,— „
		Summe:	371,25 RM.

(*Reform-Realprogymnasium, Langenbielau.)

„Der Elternbeirat hielt nur drei Sitzungen ab, in denen über folgende Angelegenheiten verhandelt wurde:

1. Schüler-Unfallversicherung.
2. Landheim oder Wanderungen. (Das Landheim wurde abgelehnt. Die Wanderungen größeren Stils fanden allgemeine Zustimmung, unter der Voraussetzung, daß kein Schüler wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage der Eltern davon ausgeschlossen werden dürfte. Deshalb wurde a) ein Grundkapital gesammelt, augenblickliche Höhe 806 RM. b) Freiwillige Monatsbeiträge der Eltern. Es wurden für die Monate Juni 1927 bis März 1928 eingeliefert von

VI	172,55 RM	U III 1	132,50 RM	D II 1	53,— RM
V 2	70,50 "	D III 2	114,50 "	U I 2	97,50 "
V 1	68,25 "	D III 1	89,— "	U I 1	122,— "
IV 2	134,50 "	U II 2	59,50 "	D I 2	89,50 "
IV 1	142,— "	U II 1	184,— "	D I 1	96,— "
U III 2	105,— "	D II 2	200,90 "	Summa: 1 931,20 RM	

Davon wurden 674 RM für die großen Augustwanderungen verwendet, so daß für das nächste Jahr rund 1250 RM zur Verfügung stehen. c) Freiwillige Sammlungen der Schüler in eine Klassenkasse.

Es ist zu hoffen, daß das große Interesse, das Eltern, Schüler und Lehrer diesen Wanderungen entgegenbringen, nicht erlahme, trotzdem die Belastung der Lehrer dadurch in mannigfacher Beziehung nicht zu unterschätzen ist.

3. Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte an höheren Schulen Breslaus.

4. Berufsberatung.

5. Neubau der Schule.

6. Fahrtschülerfrage. (Leider kann eine Betreuung der Fahrtschüler während der Zeiten, wo sie sich in Breslau aufhalten, durch die Schule nicht in dem gewünschten Umfange eingerichtet werden, weil es an Aufsicht und oft auch an Raum fehlt.) (*Realgymnasium am Zwinger, Breslau.)

„Der Elternbeirat setzte auch in diesem Jahre seine segensreiche Tätigkeit fort. Er stellte der Schule folgende Mittel zur Verfügung:

für Physik und Chemie	533,55 RM
„ 50 Schulgesangbücher	225,— "
„ Zeitschriften	129,80 "
„ Bücher	32,10 "
„ Prämien	14,20 "
„ 2 Vorträge eines Kunstglasbläfers	50,— "
„ 1 Rezitationsabend	40,— "
„ 1 Aufführung des Films „Der Alte Fritz“	40,— "
einen Zuschuß zum zehntägigen Aufenthalt im Landheim Altenhof	50,— "
zusammen 1114,65 RM.“	

(*Freiherr vom Stein-Phzeum, Berlin-Wilmersdorf.)

„Der Elternbeirat unterstützte wieder wie in früheren Jahren in hervorragender Weise die Schule durch Geldmittel. Er stellte für die verschiedensten Zwecke rund 3000 RM zur Verfügung.“ (*Herderschule, Reformrealgymnasium, Berlin-Charlottenburg.)

„In den Sitzungen des Elternbeirats wurden allgemeine Schulangelegenheiten wie z. B. die Schularztfrage und der sexuelle Jugendschutz besprochen. Auch in diesem Jahre konnte der Elternbeirat dank der Gebefreudigkeit der Eltern über größere Geldmittel verfügen. Sie wurden zum Teil für Unterstützungen in besonderen Notfällen verwandt, ferner zur Ausrüstung des Trommler- und Pfeifertrupps, zur Beschaffung von Klassenwimpeln, zur Durchführung des Schulfestes, für die Ruderriege u. s. f. Um für die abgehenden Schüler ein bleibendes Andenken zu schaffen, wurde dem Herrn Wilhelm Johannsen in Kiel der Auftrag erteilt, eine Radierung des Gymnasiums anzufertigen. Herr Johannsen kam diesem Auftrag freudig nach und hat uns durch seine wohlgelungene Arbeit ein wertvolles Erinnerungsblatt geschaffen, das in diesem Jahr zum erstenmal den Schülern, die das Gymnasium mit dem Reifezeugnis und die Realschule mit dem Schlußzeugnis verlassen, mitgegeben werden konnte. Zum Schluß des Jahres konnte noch ein größerer Betrag für eine Fahrt von Realschülern (U 2 und D 3) in die Eifel bewilligt werden. Damit ist die Kasse aber auch erschöpft, und es möge die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die Eltern auch im kommenden Jahre nach ihren Kräften zur Auffüllung beitragen.“ (+Gymnasium mit Realschule, Weasel.)

d) Vereinigungen von Elternbeiräten.

„In der Sitzung am 17. Juni 1927 wurde der Beitritt zu einer gründenden Provinzialarbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte an den höheren Schulen der Provinz Niederschlesien beschlossen. Die Gründungsversammlung für diese Vereinigung fand am 18. Juni 1927 im König Wilhelms-Gymnasium zu Breslau statt. Von den anwesenden Vertretern wurde allerseits die Notwendigkeit einer solchen Vereini-

gung anerkannt; die Versammlung beschloß deshalb die Gründung der Vereinigung und wählte einen neungliedrigen Vorstand. Da von den 75 Elternbeiräten der höheren Schulen der Provinz nur 26 ihren Beitritt erklärten, ist die Vereinigung aus Mangel an Interesse wieder aufgelöst worden, noch ehe sie in Tätigkeit trat.“ (+Gymnasium, D e l s.)

„In der Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte an den höheren Schulen Breslaus hat unser Elternbeirat sich mit für das Zustandekommen einer Schlesiſchen Provinzial-Arbeits-Gemeinschaft eingesetzt, die im vorigen Sommer begründet worden ist und ihren Anschluß an die Berliner Gesamtgemeinschaft Deutschlands suchen will.“ (+Friedrichs-Gymnasium, B r e s l a u.)

„Der E l t e r n b e i r a t Petershagen wollte auch einen Zusammenschluß sämtlicher Elternbeiräte der Aufbauschulen Preußens herbeiführen, ein Gedanke, der gerade mit Rücksicht auf so manche noch ungelöste Fragen bei der weiteren Entwicklung dieser neuen Schulart vom Elternbeirat Diepholz lebhaft begrüßt wurde. Leider ist diese Angelegenheit von Petershagen nicht weiter gefördert worden.“ (+Graf Friedrich-Schule, Oberrealschule in Aufbauform, D i e p h o l z.)

„Zur Teilnahme an einer vom Vorsitzenden des Elternbeirates der Ziehen-Oberrealschule-Frankfurt a. M. nach Wiesbaden einberufenen Versammlung zwecks Gründung eines Verbandes der Elternbeiräte an den höheren Schulen Südwestdeutschlands wurde Bürgermeister i. R. Rick-Haiger abgeordnet. Die geplante Gründung, die zu folgenschwerer Zersplitterung geführt hätte und deshalb auch von unserem Vertreter bekämpft wurde, unterblieb.“ (+Gymnasium m. Realprogymnasium, D i l l e n b u r g.)

„E n g e r e r Z u s a m m e n s c h l u ß d e r E l t e r n b e i r ä t e. Veranlassung gab eine Tagung in Wiesbaden, zu der der Vorsitzende entsandt war. Eine Vereinigung der südwestdeutschen Elternbeiräte erwies sich aber als undurchführbar, weil die Führer zweier Richtungen sich nicht einigen konnten. Ebenso ist ein von Essen ausgehender Versuch, wenigstens einen Zusammenschluß der Elternbeiräte des Regierungsbezirks Düsseldorf zu erreichen, aus Mangel an Interesse und Beteiligung gescheitert. Es soll deshalb vorläufig nur ein Zusammengehen in einzelnen Fragen mit dem Elternbeirat des hiesigen Oberlyzeums angestrebt werden.“ (*Oberrealschule und Gymnasium, R h e y d t.)

„Es fanden zwei Elternbeiratsitzungen statt. Beratungsgegenstände bildeten Vorlagen der „Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte an den Berliner Realschulen“ über den „Aufbau der Obersekunden bei den Realschulen“, über „Vereinheitlichung der Lehrpläne“, über die Frage „Was kann die Elternschaft zur Erhaltung unserer Schule tun?“ Der Elternbeirat beschloß, aus der Reichsarbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte auszuschneiden, da alle ihn angehenden Fragen auch in der Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte an den Berliner „Realschulen“ erörtert werden.“ (*Liebig-Realschule, B e r l i n.)

Die Wertschätzung, deren sich die höheren Lehranstalten erfreuen, erhellt am besten aus der tatkräftigen Unterstützung, die ihnen von allen Seiten zu teil wurde. Die Vereine der ehemaligen Schüler, die Vereine der Freunde, Behörden, Einzelpersonen, Industrie- und Handelsfirmen u. a. bedachten die einzelnen Anstalten, zu denen sie Beziehungen unterhielten, mit **Geschenken**, sei es daß sie einen augenblicklichen Notstand beheben, sei es daß sie gelegentlich eines Jubiläums und eines anderen äußeren Anlasses ihre Anhänglichkeit an die Schule beweisen wollten. Die Art der Geschenke richtete sich nach dem Bedarf; einmal bestand es in einem Ruderboot, einem Harmonium oder einem anderen Ausrüstungsgegenstand, ein andermal in der Tragung der Kosten für die Herstellung einer Einrichtung (Licht-, Rundfunkanlage), dann wieder in der Übernahme der Verpflichtung für eine besondere Leistung (Freistelle, Erziehungsbeihilfe), schließlich — und wohl am häufigsten — in einem Gelbbetrag. Schon in den vorhergehenden Teilen dieses Werkes ist wiederholt auf die Unterstützung hingewiesen worden, die die Schulen allenthalben gefunden haben (vgl. besonders die Abschnitte über die äußeren Verhältnisse der Schulen und über die Sorge für die Schüler), und die Zahl der Schulen, denen **überhaupt keine** Geschenke zugeflossen sind, dürfte sehr gering sein; aus den zahlreichen Berichten seien nur noch einige wenige angeführt:

„Dem Verein der Freunde der Ev. Realschule 2 hat die Anstalt Dank zu wissen für die reichen Zuwendungen im letzten Jahre. Sie erhielt Geld zur Ergänzung des Rudergeräts, Noten für den Musikunterricht, Werkzeug für Handfertigkeitsunterricht, Wechselrahmen und Kunstmappen, einen Betrag zur Unterstützung armer Schüler bei Turnmärschen und Skiausflügen, Grammophonplatten für Sprach- und Musikunterricht und Bücher für die Schülerbibliothek.“

Es wurde uns ferner durch den Verein ehemaliger Schüler eine große Freude bereitet, der unter Veranstaltung einer Feier ein schönes Harmonium für die Aula überwies als nachträgliche